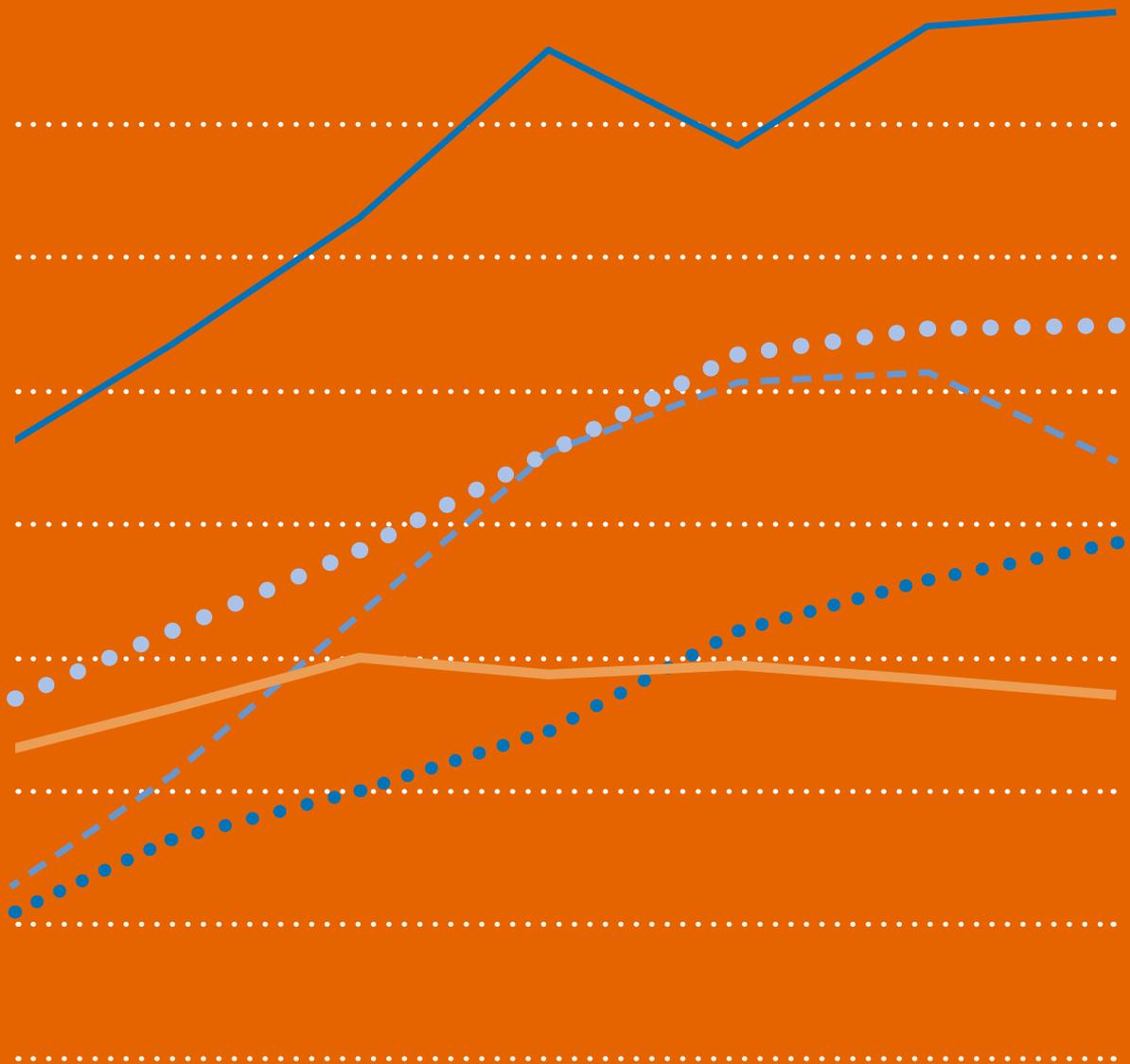


# *Von der Finanzkrise zur Staatsfinanzierungskrise in Europa*

MODUL





Was sind die Ursachen der 2008 ausgebrochenen Finanzkrise? Wie ist die privatwirtschaftliche Finanzkrise zu einer Staatsfinanzkrise geworden?

—

## Einführung

### II.1 Arbeitsblatt: Ursachen der globalen Finanzkrise

- M1: Finanzmärkte: Eher Bremsklotz als Schmiermittel für die Wirtschaft (*Böckler Impuls*)
- M2: Diagramm zu Realvermögen und Finanzvermögen
- M3: Diagramm zu Gewinnen und Investitionen
- M4: Tabelle – Investitionsentscheidungen
- M5: Gewinne = Investitionen = Arbeitsplätze? (*Der Tagesspiegel*)

### II.2 Arbeitsblatt: Von der US-Immobilienkrise zur Bankenkrise

- Methode: Gruppenpuzzle
- M1: Schaubild – Von der US-Immobilienkrise zur globalen Finanzkrise
- M2: Infotexte zu Akteuren der Finanzkrise

### II.3 Arbeitsblatt: Von der Bankenkrise zur Krise in Europa

- M1: Schaubild – Auswirkungen der US-Immobilienkrise auf die Wirtschaft in Europa
- M2: Diagramm zum Schuldensprung durch die Krise
- M3: Krisenmanagement (*Hans-Böckler-Stiftung*)

—

### II.4 Arbeitsblatt: Staatsschuldenkrise oder Krise des Wirtschaftssystems?

- M1: Die neoklassische Krisenerzählung (*Kortendiek/van Treeck 2015*)
- M2: Die keynesianische Krisenerzählung (*Kortendiek/van Treeck 2015*)
- M3: Diagramm zum Schuldenstand der Eurostaaten
- M4: Diagramm zur Entwicklung der Staatsschulden in Europa
- M5: Die marxistische Krisenerzählung (*die tageszeitung*)

### Die Materialien haben folgende Formate

- **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien
- ↑ **Aktivitäten** – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und über deren gemeinsame Auswertung zur Erarbeitung der Inhalte führen
- i **Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls
- **Arbeitsblätter** – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

### Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

- M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte

---

ARBEITSVORSCHLÄGE

**Arbeitsvorschläge** – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien



**Methoden** – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien



**Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes



**Diagramme** – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema



**Requisiten** – Spezielles Zubehör zu Methoden

## Einführung

Im September 2008 wurde eine amerikanische Investmentbank – Lehman Brothers – schlagartig in der ganzen Welt bekannt, nämlich als sie zusammenbrach. Was war geschehen? Bereits in den Jahren davor war es in der Wirtschaft und insbesondere in der Finanzwelt zu Verwerfungen gekommen. Die zunehmende Umverteilung von unten nach oben führte dazu, dass immer mehr Geld (sowohl Einkommen als auch Vermögen) bei den reicheren Bevölkerungsschichten landete. Diese konsumieren aber einen geringeren Anteil ihres Einkommens als es ärmere Bevölkerungsschichten tun würden. Dies hat zweierlei Folgen: Zum einen wird immer mehr Geld in spekulative Finanzobjekte gesteckt (»investiert«). Und zum anderen ist der gesamte Konsum bei einer schiefer werdenden Verteilung geringer. Natürlich merken die Unternehmen dies auch und in Folge der geringeren erwarteten Nachfrage wird weniger investiert.

In den USA senkte die Zentralbank zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung in den 2000er Jahren die Zinsen. Diese Politik des billigen Geldes führte zu einem Boom im Immobiliensektor. Immer mehr Häuser wurden auf Kredit gekauft, die Nachfrage und damit die Preise für Immobilien stiegen. Als der Wert der Häuser stieg, wurden mit diesem Gegenwert weitere Kredite aufgenommen. Diese Immobilienblase platzte als die Nachfrage nach den Häusern und damit ihr Wert wieder zurückging. Damit platzten aber auch die Kredite. Das Besondere war, dass die Banken die von ihnen vergebenen Kredite längst weiter verkauft hatten. Was eigentlich der Risikostreuung und damit Risikominderung dienen sollte, entpuppte sich als Irrsinn. Denn jetzt hatten unglaublich viele Banken »faule« Kredite, die nicht oder nur teilweise zurückgezahlt wurden, in ihren Büchern stehen. D. h., die Banken konnten ihre eigenen Schulden nicht zurückzahlen.

Bei Lehman Brothers wurde ein Exempel statuiert. Die US-amerikanische Regierung hat die Bank nicht gerettet – sie ging pleite. Die anderen Banken, die fast alle Schwierigkeiten hatten, waren jetzt nicht mehr sicher, ob nicht weitere Institute pleite gehen könnten – und hörten über Nacht auf, sich gegenseitig Geld zu leihen. Der Schmierstoff der Wirtschaft ging plötzlich aus. In Europa hat die Europäische Zentralbank hier eingegriffen und den Banken Geld zur Verfügung gestellt – die meisten hatten dadurch erst mal Zeit gewonnen.

Für einige Banken aber reichte das nicht. Sie brauchten zusätzliche (Rettungs-)Gelder vom Staat. Das geschah praktisch in allen europäischen Ländern – mal mehr (Irland, Griechenland, Spanien), mal weniger. Auch in Deutschland rettete der Staat Banken wie die Commerzbank oder die HypoRealEstate-Bank mit Milliardenbeträgen. Die Staaten mussten das notwendige Geld in kurzer Zeit aufbringen, das heißt sie liehen sich das Geld für die Bankenrettung auf den Kapitalmärkten. Im Ergebnis ist der Schuldenstand der betroffenen Staaten stark gestiegen.

Diese Staaten mussten also höhere Kredite aufnehmen und dafür in der Regel höhere Zinsen zahlen. Denn hier kamen die »Märkte« ins Spiel. Wenn sich auf den Märkten, d. h. bei den Finanzinvestoren der Eindruck durchsetzt, dass ein Staat seine Kredite vielleicht gar nicht oder nur teilweise zurückzahlen kann, dann kann er sich neues Geld nur für höhere Zinsen leihen. Das führt aber wieder zu steigenden Ausgaben. Um die Kreditwürdigkeit der Staaten aufrechtzuerhalten wurden in Europa nach und nach »Rettungsschirme« beschlossen. Diese funktionieren in der Regel so, dass die (solventen) Länder sich – gegen geringe Zinsen – Geld leihen und dieses den Krisenländern – gegen etwas höhere Zinsen – weitergeben. Das bedeutet übrigens auch, dass bei dieser Art von »Staatenrettung« erstmal keine Kosten entstehen, sondern sogar leichte Zinsgewinne erzielt werden.

Die »Geldgeber« – repräsentiert durch die »Troika« (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds) – machten den Krisenländern strenge Auflagen. Gemäß dem neoliberalen Credo, dass die Wirtschaft am besten funktioniert, wenn sich der Staat aus der Wirtschaft heraushält und die Unternehmen nur gute Rahmenbedingungen vorfinden müssen, wurden in den Krisenländern öffentliche Leistungen, Gehälter, Mindestlöhne, Renten usw. gekürzt – und Arbeitskräfte entlassen. Man müsse nur »sparen« (= kürzen) und dann würde sich die Lage der Staatsfinanzen wieder stabilisieren – so die (neoliberale) Idee dahinter.

Zunächst brachen z. B. in Griechenland in Folge der geschrumpften Wirtschaft die Steuereinnahmen ein und die Wirtschaft schrumpfte – womit die Staatsschuldenquote weiter anstieg. Aus der Krise »heraus sparen« – das funktioniert nicht und geht auf Kosten der einfachen Bürgerinnen und Bürger. Gerettet werden so nur die Banken

und damit die Vermögen der Reichen (und der Kreditgeber bspw. in Deutschland).

Aber es gibt andere Lösungen. Dazu gehört die Vergemeinschaftung der staatlichen Schulden (z. B. über Eurobonds), zusätzliche Ausgaben um die Wirtschaft der Krisenländer anzukurbeln, eine Verringerung deutscher Exportüberschüsse z. B. durch die Stärkung der Binnennachfrage

in Deutschland, eine strenge Regulierung der Finanzmärkte und weiteres mehr. Vor allem aber muss dies solide finanziert werden – wozu eine Vermögensteuer und eine Vermögensabgabe gehören. Damit kann die Wirtschafts- und Finanzkrise bekämpft werden und die »Lasten« tragen dann diejenigen, die von der Rettung in erster Linie profitiert haben: die Vermögenden. ■

## Zu den Elementen des Moduls

- In [Arbeitsblatt II.1](#) geht es um die Ursachen der globalen Finanzkrise. Zunächst setzen sich die Lernenden mit einem *Text aus der Reihe Böckler Impuls (M1)* auseinander, in dem argumentiert wird, dass die relativ zurück gehenden Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen dazu geführt haben, dass das anlagesuchende Kapital in die Finanzwirtschaft überführt wurde. Dies wird dann anhand zweier Diagramme zur Entwicklung von *Realvermögen und Finanzvermögen (M2)* sowie zur Entwicklung von *Gewinnen und Investitionen (M3)* überprüft. Anschließend überlegen die Lernenden anhand einer *Tablette (M4)* in Kleingruppen, in welchen Situationen sie als Unternehmer\_innen investieren würden und setzen sich auf dieser Basis mit der These auseinander, dass die Profite von heute die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen seien. Abschließend wird diese These noch einmal mit Bezug auf einen Artikel aus dem *Tagesspiegel (M5)* kritisch diskutiert.
- [Arbeitsblatt II.2](#) behandelt den Weg von der US-Immobilienkrise zur Bankenkrise. Mit der *Methode des Gruppenpuzzles* bearbeiten die Lernenden verschiedene Aspekte eines *Schaubildes zur Entwicklung der Krise (M1)*. Dazu ziehen sie kurze *Infotexte zu Akteuren der Finanzkrise (M2)* heran und bereiten einen eigenen Kurzvortrag zum Verlauf der Krise vor.
- In [Arbeitsblatt II.3](#) wird thematisiert, wie sich die ursprüngliche Bankenkrise in den USA zu einer Wirtschafts- und Staatsfinanzkrise in Europa entwickelte. Auf der Grundlage eines *Schaubildes (M1)* versetzen sich die Lernenden in die Rollen von europäischen Banken, Unternehmen und Bürger\_innen und erschließen sich so die Auswirkungen der US-Immobilienkrise

auf die Wirtschaft in Europa. Anschließend nehmen sie zu der Frage Stellung, ob der Staat in der Krise eher sparen oder investieren sollte. Dabei beziehen sie ein *Diagramm zum Schuldensprung durch die Krise (M2)* sowie eine *Pressemitteilung der Hans-Böckler-Stiftung (M3)* zum relativ erfolgreichen deutschen Krisenmanagement in der Phase 2008 bis 2010 ein.

- [Arbeitsblatt II.4](#) thematisiert, dass es – je nach wirtschaftswissenschaftlicher Theorie – mehrere Sichtweisen auf die krisenhaften Entwicklungen gibt. Zunächst teilen sich die Lernenden in zwei Gruppen, die sich einmal mit der *neoklassischen Krisenerzählung (M1)* und einmal mit der *keynesianischen Krisenerzählung (M2)* auseinandersetzen. Beide Gruppen bereiten einen Kurzvortrag zu »ihrer« Krisendeutung vor und entscheiden, ob sie zur Untermauerung ein *Diagramm zum aktuellen Schuldenstand der Eurostaaten (M3)* oder ein *Diagramm zur Entwicklung der Staatsschulden in Europa (M4)* heranziehen. Anschließend diskutieren die Lernenden, welche Erzählung sie für plausibler halten. Abschließend werden die beiden Erzählungen mit einer dritten, nämlich der *Krisenerzählung im Anschluss an Karl Marx (M5)* verglichen. ■

## Ursachen der globalen Finanzkrise

### ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Welche Entwicklungen werden in M1 beschrieben und worin sieht der Autor das zentrale Problem?
2. Inwiefern wird die Position aus M1 durch die Diagramme M2 und M3 gestützt oder widerlegt?
- 3a. Stellen Sie sich vor, Sie sind Unternehmer\_in. Überlegen Sie, in welchen Situationen (A bis H) in der Tabelle M4 Sie Ihre Investitionen ausweiten würden. Füllen Sie die Tabelle aus (ja/nein) und diskutieren Sie anschließend Ihre Überlegungen in Dreiergruppen.
- 3b. Häufig wird formuliert, dass Unternehmen dann investieren, wenn sie gute Gewinne machen.

»Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Beschäftigung von übermorgen.« Für das staatliche Handeln bedeutet dies, dass in erster Linie die Rahmenbedingungen für die Unternehmen verbessert werden müssten und dann würden diese Investitionen tätigen – und Arbeitsplätze schaffen. Diskutieren Sie diese These.

4. Beurteilen Sie den Zusammenhang von Gewinnen, Investitionen und Arbeitsplätzen in M5. Sprechen Ihre Entscheidungen in der Tabelle für oder gegen diesen formulierten Zusammenhang? Welche Argumente werden im Text genannt? Stützt das Diagramm M3 den behaupteten Zusammenhang oder widerspricht es ihm?

### M1 Finanzmärkte: Eher Bremsklotz als Schmiermittel für die Wirtschaft

1 »Das Gewinnstreben der Unternehmen verlagert  
sich von der realen Wirtschaft in die Finanzsphäre,  
schreibt der Ökonom [Schulmeister] vom Österrei-  
chischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).  
Investitionspläne, die vor 30 Jahren ohne Zögern  
umgesetzt worden wären, landen heute oft in der  
Ablage. Begründung: Verglichen mit den am Fi-  
nanzmarkt zu erzielenden Renditen lohnt sich der  
Bau einer neuen Fabrik oder Fertigungsstraße  
nicht. So konkurriert der Finanzsektor mit der  
nicht-virtuellen Wirtschaft um Geld – statt sie mit  
Investitionsmitteln zu versorgen. Schulmeister sieht  
darin die »strukturelle Hauptursache« für das An-  
wachsen der Arbeitslosigkeit seit den 70er-Jahren.  
Einige Eckdaten machen deutlich, welche Di-  
mensionen die Börsenspekulation angenommen  
hat:  
- Die Umsätze im Handel mit Devisen, Aktien,  
Anleihen, Wetten auf zukünftige Kurse und an-  
deren Finanzprodukten summierten sich 2006  
auf etwa 13.000 Milliarden Dollar – pro Tag.  
Der überwältigende Teil dieser Transaktionen  
entfällt auf die Finanzmärkte in den Industrieländern,  
ihr Volumen war 2006 nahezu 100  
Mal höher als das nominelle Bruttoinlandsprodukt  
(BIP) dieser Länder.  
- Das größte Gewicht haben kurzfristig-spekulative  
Geschäfte mit so genannten Derivaten wie  
Futures oder Optionen. Das sind ursprünglich  
für Absicherungsgeschäfte konstruierte Wert-  
papiere, mit denen Anleger auf die künftige  
Entwicklung von Devisen-, Aktien-, Rohstoff-  
oder anderen Preisen spekulieren können. Zwischen  
1986 und 2006 nahm der globale Deriva-

tehandel mit einer jährlichen Wachstumsrate  
von gut 20 Prozent zu.

- Besonders stark expandierte der Börsenhandel  
mit Finanzderivaten – an dem sich zunehmend  
auch Amateure beteiligen. In Europa wuchs der  
Börsenhandel mit solchen Papieren zwischen  
2000 und 2006 um 28,6 Prozent pro Jahr und  
erreichte 2006 annähernd das 40-fache des BIP.  
Fast 99 Prozent dieser Umsätze entfallen auf  
Großbritannien und Deutschland.

[...] Die Sogwirkung der Finanzmärkte verhin-  
dere, dass genügend neue Arbeitsplätze in der rea-  
len Wirtschaft entstehen, argumentiert Schulmeister.  
Zwar gingen viele Ökonomen davon aus, dass  
der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsstand  
von der Höhe der Reallöhne, der Regulierung  
des Arbeitsmarkts und den Arbeitsanreizen für  
Erwerbslose abhinge. Nach Schulmeister ist je-  
doch die Realkapitalbildung entscheidend: Neue  
Arbeitsplätze, die »dem europäischen Produk-  
tivitäts- und Einkommensniveau entsprechen«,  
erforderten vor allem hohe Investitionen. Und  
wegen des technischen Fortschritts seien pro Ar-  
beitsplatz immer höhere Investitionen nötig. Em-  
pirische Daten aus den USA, Japan und Deutsch-  
land zeigen dem Wirtschaftsforscher zufolge, dass  
die Kapitalintensität je Arbeitsplatz seit 1960 »in  
jedem einzelnen Jahr, in jedem Sektor, in jeder der  
drei Volkswirtschaften« gestiegen ist – in Phasen  
steigender Reallöhne genauso wie in Phasen real  
sinkender Verdienste.« ■ Quelle: Böckler Impuls 2/2008



M4 Investitions-  
entscheidungen

	Gewinn des vergangenen Jahres	Gewinn des laufenden Jahres	Absatzerwartung für das folgende Jahr	Investition tätigen? JA / NEIN
A	Hoch	Hoch	Hoch	
B	Hoch	Niedrig	Niedrig	
C	Hoch	Hoch	Niedrig	
D	Hoch	Niedrig	Hoch	
E	Niedrig	Hoch	Hoch	
F	Niedrig	Niedrig	Niedrig	
G	Niedrig	Hoch	Niedrig	
H	Niedrig	Niedrig	Hoch	



Attac-Aktion an der Frankfurter Börse bei Ausbruch der Krise 2008  
Foto: Attac

**M5 Gewinne = Investitionen =  
Arbeitsplätze?**

1 »Gerd Bosbach hatte einen Verdacht. Den Ver-  
dacht, auch Politiker könnten irren. Und handle  
es sich auch um einen Altkanzler wie Helmut  
Schmidt (SPD), also noch dazu einen, der als aus-  
gesprochen kompetent gilt, nicht zuletzt in Fragen  
der Volkswirtschaft. Schmidt hatte 1974 behaupt-  
et, »die Gewinne von heute sind die Investitionen  
von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen«.  
Das klingt plausibel, findet Bosbach. Aber  
als Professor für Empirische Wirtschafts- und  
Sozialforschung fragte er sich, ob diese oft wiederholte  
und für selbstverständlich wahr gehaltene  
Grundannahme der Wirtschaftswissenschaft wie  
der Politik eigentlich wirklich stimmt.

15 Und weil Bosbach von Haus aus Wissenschaft-  
ler ist, hat er sich mit dem Röntgenblick des  
Statistikers das Zahlenskelett der Wirklichkeit  
angeschaut und ist zu dem Ergebnis gekommen:  
Die Unternehmensgewinne sind in den zurück-  
liegenden drei Jahrzehnten stetig gestiegen – die  
Arbeitslosigkeit allerdings auch. Das aber bedeute  
nun nichts anderes, sagt Bosbach, als dass der  
behauptete Zusammenhang zwischen Gewinnen,  
Investitionen und Arbeitsplätzen so nicht richtig  
sei. Oder besser, genauer gesagt: Er sei zwar nicht  
falsch, vor allem gelte die Umkehrung, ohne Gewinne  
keine Investitionen und ohne Investitionen  
keine Arbeitsplätze – aber es sei doch offenbar so,  
dass die These »mindestens einseitig« ist, sagt B-  
osbach. »Sie erfasst nicht die ganze Wirklichkeit.«

30 Weil sie aber, obwohl offenbar »eher ein Glau-  
bensdogma als eine wissenschaftlich bewiesene  
Tatsache«, das Handeln von Unternehmern und  
Bundesregierungen wesentlich mitbestimmt,  
wollte Bosbach es genauer wissen. Und hat nach-  
gefragt. [...] Bei denen, die es wissen müssen,  
den großen Wirtschaftsforschungsinstituten und  
Dachverbänden der Arbeitgeber. Da Gewinne,  
Investitionen und Arbeitsplätze von der Wirt-

40 schaftsstatistik gemessen werden, müsste, so  
Bosbachs Erwartung, der Zusammenhang leicht  
belegbar sein.

[...] »Die Rückmeldungen waren – vorsichtig  
ausgedrückt – bemerkenswert«, sagt B-  
osbach dem Tagesspiegel. Manche, wie das Ifo-Institut,  
hätten gar nicht reagiert, andere nicht viel Klä-  
rendes beitragen können. Das arbeitgebernahe  
Institut der deutschen Wirtschaft aus Köln schrieb:  
»Eine Studie, die direkt Ihr Thema betrifft, ist mir  
nicht bekannt.« Das Essener Forschungsinstitut  
RWI konstatierte, »mit Unternehmensgewinnen,  
Investitionen, Schaffung und Arbeitsplätzen ist al-  
lerdings ein sehr komplexes Thema angesprochen,  
das Sie in dieser Form zumeist nicht fertig aufbe-  
reitet vorfinden werden«. Insgesamt, sagt B-  
osbach, könnte sich der Eindruck ergeben, »dass eines der  
Grundprinzipien, auf denen unsere Wirtschafts-  
politik basiert, anhand von Fakten nie überprüft  
wurde«. [...] Das halte er denn doch für »sehr un-  
wahrscheinlich«, sagt B-  
osbach: »Eine Lüge.«

60 Von, wie er unterstellt, interessierter Seite. »Ein  
Blick auf die Daten der vergangenen 30 Jahre zu  
Gewinnen und Arbeitslosigkeit lässt eher vermu-  
ten, dass die Ergebnisse den Lobbyisten der Wirt-  
schaft einfach nicht passten.« Für die Schaffung  
von Arbeitsplätzen nämlich könnten Aufträge –  
sprich die Nachfrage – wichtiger sein als Gewinne,  
die investiert werden. Wer das ernst nähme, müs-  
ste allerdings eine andere Politik machen. Eine,  
die nicht nur auf gute Rahmenbedingungen für  
Unternehmer abziele, etwa durch Steuersenkun-  
gen oder die Forderung nach Lohnzurückhaltung.  
Sondern eine, deren vornehmstes Ziel es wäre,  
die Kaufkraft der Bürger zu stärken. Dafür fehle  
es aber derzeit offenbar an durchsetzungsfähigen  
Fürsprechern.« ■ Quelle: Michael Schmidt, *Der Tagesspiegel* vom

17.08.2008

## Von der US-Immobilienkrise zur Bankenkrise

### GRUPPENPUZZLE

Als eine Form der Gruppenarbeit dient das Gruppenpuzzle der arbeitsteiligen Analyse eines Konflikts oder einer Frage, und beinhaltet den gegenseitigen Austausch und die Diskussion unterschiedlichen Expertenwissens. Die Ausbildung verschiedener Expertengruppen ermöglicht es, sich intensiv mit einer Frage oder einem Konflikt zu beschäftigen und wechselseitig von den Ergebnissen zu profitieren.

#### Vorgehen:

Zunächst wird eine Frage oder ein Konflikt auf Basis ausgewählter Materialien in einer Stammgruppe bearbeitet, aus welcher die Expert\_innen

für je eine Frage/Konflikt pro Gruppe hervorgehen. Diese durchmischen sich nun mit den in anderen Gruppen ausgebildeten Expert\_innen, sodass heterogene Expertengruppen entstehen und die in den Stammgruppen erarbeiteten Ergebnisse präsentiert und ausgetauscht werden können. Nach Einsicht in die Ergebnisse verschiedener Expert\_innen werden in den ursprünglichen Stammgruppen die Ergebnisse des Austausches zusammengefasst, diskutiert und in die Bearbeitung der Ausgangsfrage mit einbezogen bzw. weiterführende Fragen bearbeitet.

Angeschlossen an das Gruppenpuzzle ist eine Reflexionsphase, in welcher die Ergebnisse sowie die Vorgehensweise ausgewertet und diskutiert werden können.

#### — ARBEITSVORSCHLAG GRUPPENPUZZLE

1. Stammgruppen: Tauschen Sie sich über das Schaubild (M1) aus. Worum geht es, was verstehen Sie und was ist Ihnen unklar? Teilen Sie die Infotexte in Ihrer Gruppe auf: Banken, Zweckgesellschaften, Ratingagenturen, Investoren.
2. Expertengruppen: Bilden Sie neue Gruppen mit den entsprechenden Vertreter\_innen aus den anderen Gruppen. Besprechen Sie gemeinsam den

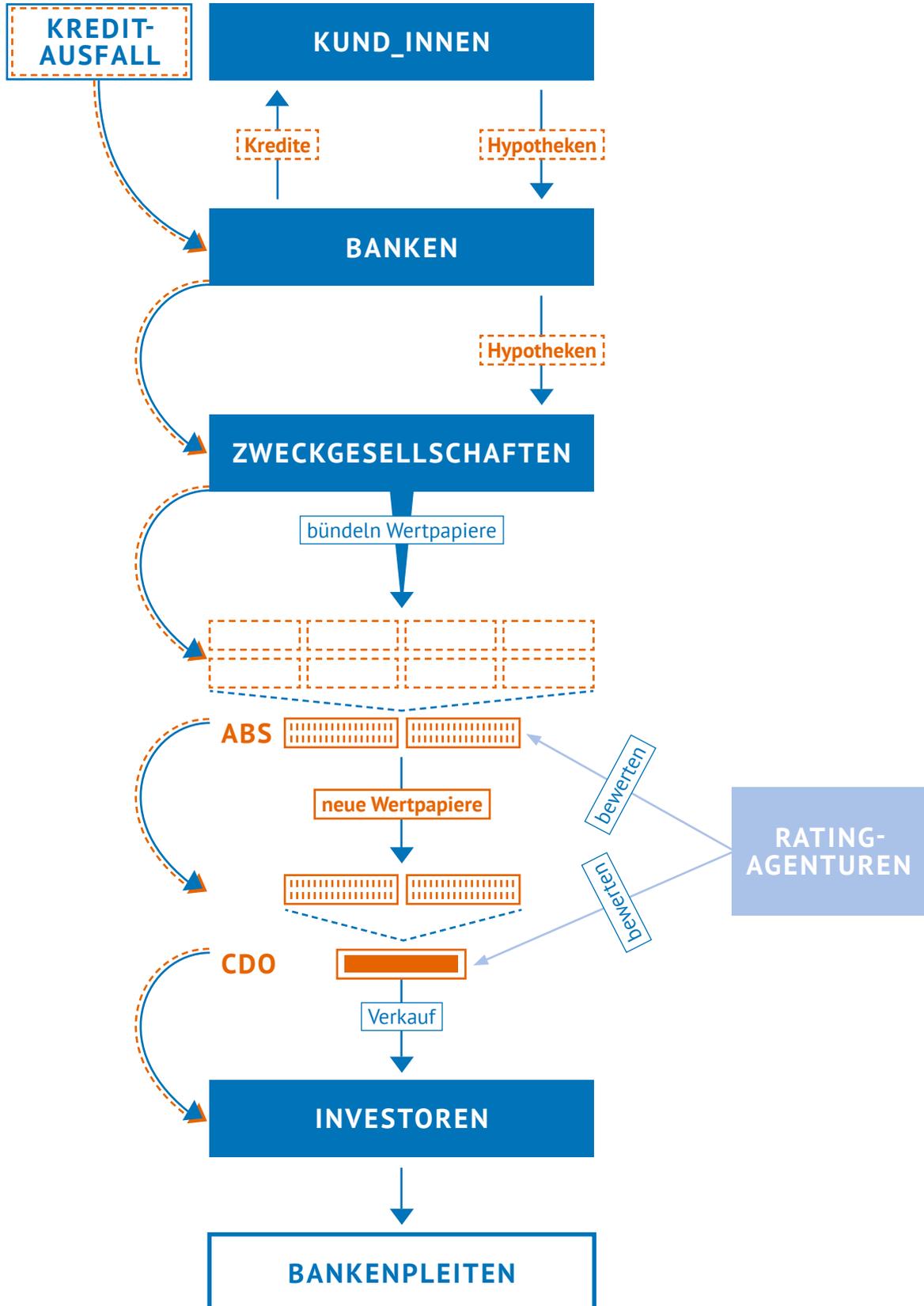
Infotext zu Ihrem Ausschnitt des Schaubildes, bis ihn alle sicher erklären können.

3. Stammgruppen: Treffen Sie sich wieder in Ihren ursprünglichen Gruppen und tragen Sie die Ergebnisse zusammen: Welche verschiedenen Entwicklungen werden im Schaubild M1 dargestellt? Bereiten Sie gemeinsam einen Kurzvortrag vor, in dem Sie Entwicklung der weltweiten Finanzkrise anhand des Schaubildes erläutern.



Welthungerbericht  
© Harm Bengen, www.harmbengen.de

M1 Von der US-Immobilienkrise zur globalen Finanzkrise



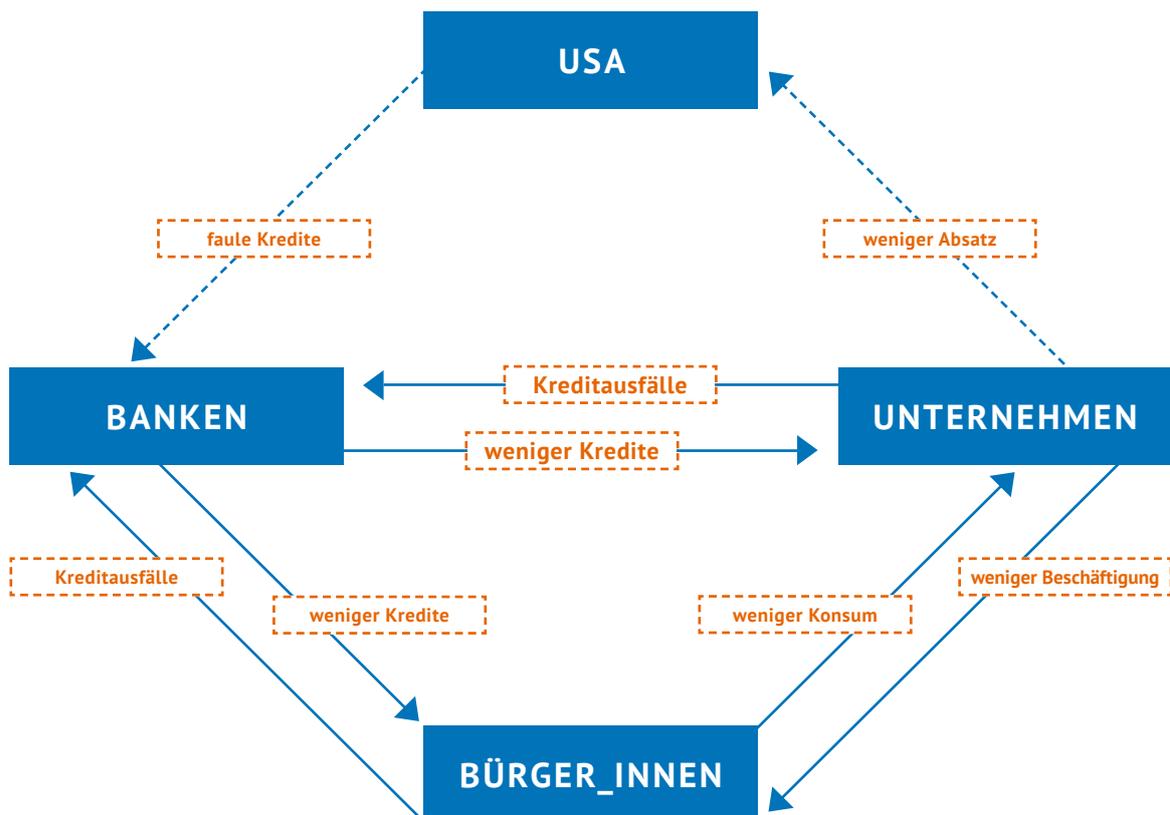


## Von der Bankenkrise zur Krise in Europa

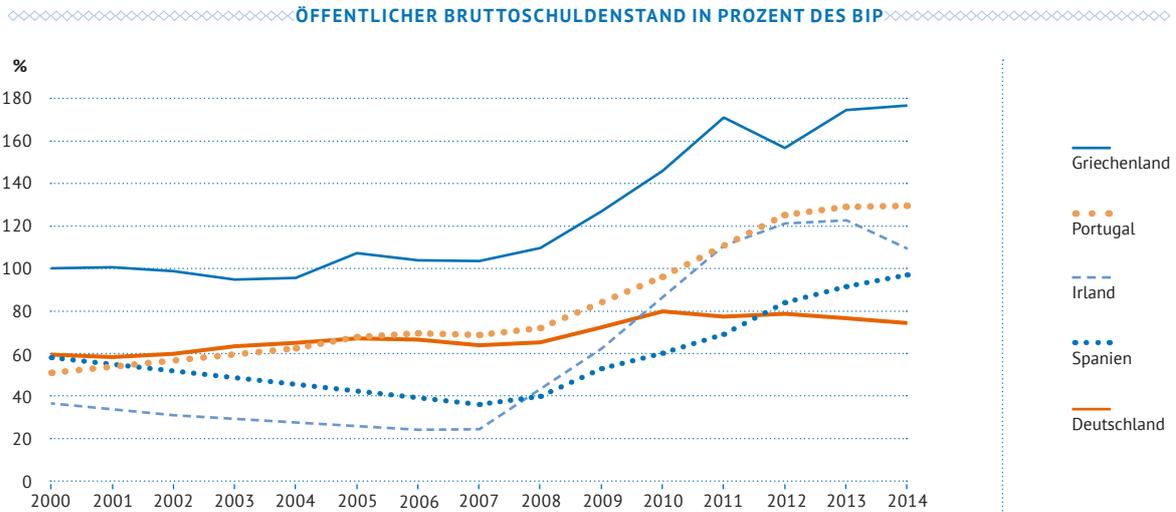
### ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Bilden Sie drei Gruppen: Banken, Unternehmen und Bürger\_innen. Besprechen Sie, was das Schaubild M1 für Ihre Gruppe bedeutet und schildern Sie diese Situation in fünf Sätzen.
2. Welche Auswirkungen hatte die US-Immobilienkrise auf die Wirtschaft in Europa? Erläutern Sie das Schaubild M1 in eigenen Worten.
3. Nehmen Sie zu folgender Frage Stellung: Soll der Staat in dieser Situation eher sparen, weil die hohe Arbeitslosigkeit und die Stützung von Banken schon viel gekostet haben oder soll er durch Investitionen Aufträge für Unternehmen schaffen? Nehmen Sie bei Ihren Überlegungen Bezug auf die Grafik M2 und den Text M3.

### M1 Auswirkungen der US-Immobilienkrise auf die Wirtschaft in Europa



## M2 Schuldensprung durch die Krise



## M3 Krisenmanagement

1 »Das erfolgreiche Krisenmanagement der vergan-  
genen beiden Jahre stellt nach Analyse von WSI  
und IMK »eine Rückbesinnung auf die Traditi-  
onen der solidarisch-korporatistischen Seite des  
deutschen Arbeitsmarktmodells« dar. Dazu zählen  
sie neben der »Wiederentdeckung der Kurzarbeit«  
auch die fiskalpolitische Stabilisierung durch die  
Konjunkturpakete. »Deutschland ist auch deshalb  
so gut aus der Krise gekommen, weil es die Fehler  
aus dem vorletzten Abschwung nicht wieder-  
holt hat«, schreiben die Forscher. Die erweiterten  
Möglichkeiten, sich von Beschäftigten zu trennen,  
sind nicht genutzt worden. »Wenn Arbeitsmarkt-  
deregulierungen wie Hartz IV eine Rolle in der  
Krise gespielt hätten, dann hätten wir kein ›Job-  
wunder‹ beobachtet, sondern stark steigende  
Arbeitslosigkeit«, sagt Dr. Alexander Herzog-  
Stein vom WSI. »Deutschland hat eindeutig die

bessere Strategie gewählt. Das Beispiel USA zeigt,  
wie schwer es ist, mit einer hohen Arbeitslosigkeit  
aus der Krise zu kommen.«

Die Wissenschaftler empfehlen, die Erfahrun-  
gen aus dem erfolgreichen Krisenmanagement zu  
nutzen, um den sich abzeichnenden Aufschwung  
zu stabilisieren. Neben höheren staatlichen Inves-  
titionen, insbesondere im Bildungs- und Energie-  
bereich, halten sie eine stärkere Lohnentwicklung  
für sinnvoll. Lohnerhöhungen sollten sich künftig  
wieder an der mittelfristigen Produktivitäts-  
entwicklung orientieren. Damit ergebe sich ein  
gesamtwirtschaftlicher Spielraum von etwa 3,5  
Prozent. Ein gesetzlicher Mindestlohn sei ein  
sinnvoller Beitrag, um eine stärkere Lohnent-  
wicklung zu unterstützen, so die Experten von  
IMK und WSI. « ■ Quelle: Hans-Böckler-Stiftung, Pressemitteilung  
vom 2.11.2010

### INFO

#### Erläuterungen

- WSI: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in Düsseldorf
- IMK: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in Düsseldorf
- Solidarisch-korporatistische Seite des deutschen Arbeitsmarktmodells: gemeint ist ein Zusammenwirken der Tarifpartner (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände)
- Fiskalpolitik: Die Einnahmen und Ausgaben des Staates betreffende Politik
- Konjunkturpakete: Besondere und in der Regel kreditfinanzierte Ausgabenprogramme des Staates in Krisenzeiten.

## Staatsschuldenkrise oder Krise des Wirtschaftssystems?

### ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Bilden Sie zwei Gruppen, die sich jeweils mit einer »Krisenerzählung« (M1 oder M2) auseinandersetzen. Besprechen Sie, mit welchem Diagramm (M3 oder M4) sich Ihre Erzählung untermauern lässt.
2. Bereiten Sie eine kurze Präsentation Ihrer Krisenerzählung vor, in der Sie auf das passende Diagramm verweisen.
3. Diskutieren Sie folgende Fragen: Welche Krisenerzählung halten Sie für plausibler? Inwiefern

sprechen die beiden Diagramme für oder gegen die jeweilige Erzählung?

4. Worin unterscheidet sich die Krisenerzählung nach Karl Marx (M5) von den beiden anderen Krisenerzählungen? Welche Kritikpunkte an M1 und M2 werden genannt? Was könnte es konkret bedeuten, dass die »Produktion gesellschaftlich kontrolliert und die Ziele und Mittel der Produktion neu bestimmt« werden sollen?

### Die »neoklassische Krisenerzählung«: Die Krise ist hauptsächlich

#### M1 aufgrund von fehlender Wettbewerbsfähigkeit und verschwenderischer Staatsausgaben in den Krisenländern entstanden

1 »Ein erster einflussreicher Diskurs in den gegenwärtigen Debatten, basierend auf Ideen der neoklassischen Denkschule, geht davon aus, dass die heutigen Krisenländer nach der Einführung des Euro 1999 zu lange über ihre Verhältnisse gelebt haben. Diese Ansicht kann wie folgt zusammengefasst werden: Anstatt die nach Einführung des Euros zusätzlichen Kapitalströme für produktive Investitionen zu nutzen, haben die heutigen Krisenstaaten diese primär für Konsum ausgegeben. Dies hat zu einem übermäßigen Anstieg von öffentlicher oder privater Verschuldung geführt. Darüber hinaus sind in diesen Ländern die Löhne im Vorkrisenzeitraum im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität zu stark gestiegen und dementsprechend hat sich die Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder verschlechtert. Deshalb nahmen die Exporte ab und die Importe zu, was zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanzen geführt hat. Einhergehend mit der Ursachenbeschreibung, dass strukturelle Probleme in den Defizitländern der Krise zugrunde liegen, wird auf folgende wirtschaftspolitische Implikationen hingewiesen: Reformen, vor allem auf nationaler Ebene, in Ländern wie Portugal, Irland, Griechenland oder Spanien, aber auch in anderen Ländern mit Wettbewerbsproblemen, darunter Frankreich und Italien, sind notwendig, um die Probleme wirksam zu bekämpfen. Diese angebotsorientierten Reformen beinhalten Lohnkürzungen, Deregulierung des Arbeitsmarkts und fiskalische Kürzungsmaßnahmen. Schließlich wird die Krise generell als Staatsschuldenkri-

se eingestuft. Die heutigen Krisenländer haben die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts gebrochen, welche besagen, dass das jährliche Haushaltsdefizit nie mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und die öffentliche Verschuldung eines Landes im Verhältnis zum BIP nie mehr als 60 Prozent betragen darf. Während einige Staaten wie Griechenland diese Regeln bereits vor Ausbruch der Krise gebrochen haben, hatten andere Länder wie Spanien oder Irland vor der Krise eine eher niedrige Verschuldung. Letztere Staaten verzeichneten jedoch steigende staatliche Defizite und Schulden in Folge des Versuchs ihrer Regierungen, die Rezession zu bewältigen und einen Teil der Schulden des Privatsektors zu übernehmen, sobald die Krise ausgebrochen war. Neoklassische ÖkonomInnen, insbesondere diejenigen der in Deutschland dominanten ordoliberalen Variante, lehnen üblicherweise die Auffassung ab, dass hochverschuldete Länder durch einen Bail-out »gerettet« werden sollen. Für einen solchen Vorgang müssten andere, finanziell besergestellte Staaten der Eurozone haften. Hinter der Ablehnung verbirgt sich das Argument, dass ein Bail-out die nationale Verantwortung der Krisenländer untergraben würde, die als notwendig erachteten Reformen umzusetzen. Stattdessen verlangen die Vertreter dieses Ansatzes, dass die Regeln der Maastricht-Kriterien hinsichtlich öffentlicher Defizite und Staatsschuldenquoten strikt angewendet und verschärft werden.« ■ Quelle:

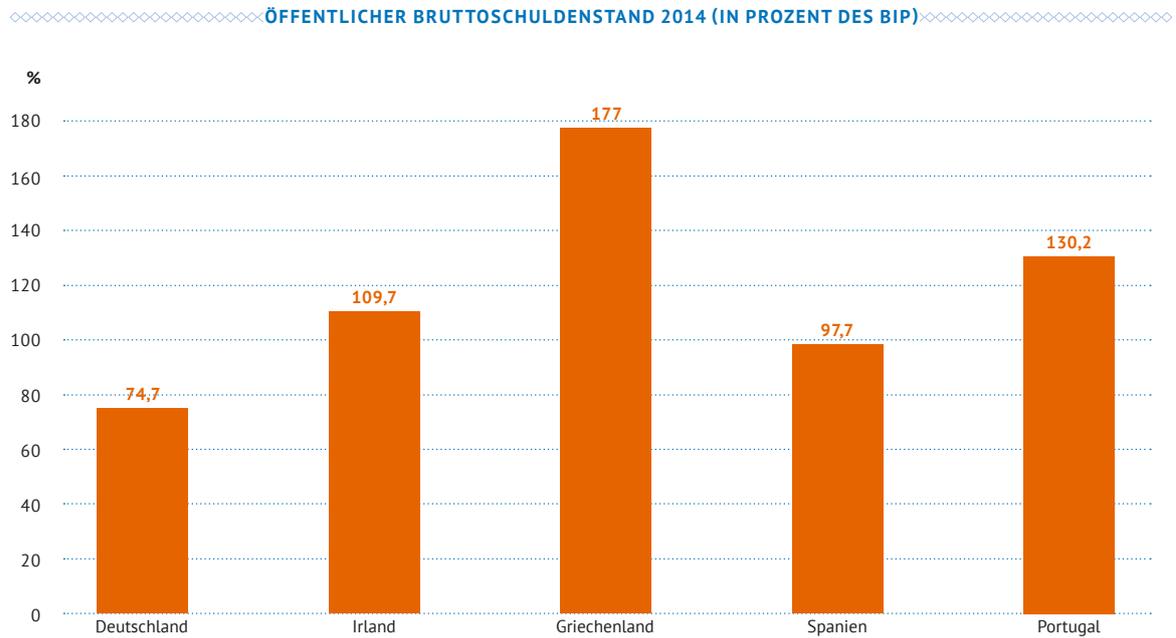
Philipp Kortendiek/Till van Treeck (2015): *Die Eurokrise unterrichten*, S. 6.

Die »keynesianische Krisenerzählung«:

**M2 Restriktive Fiskalpolitik und Lohnzurückhaltung in Exportüberschussländern wie Deutschland sind ein großer Teil des Problems**

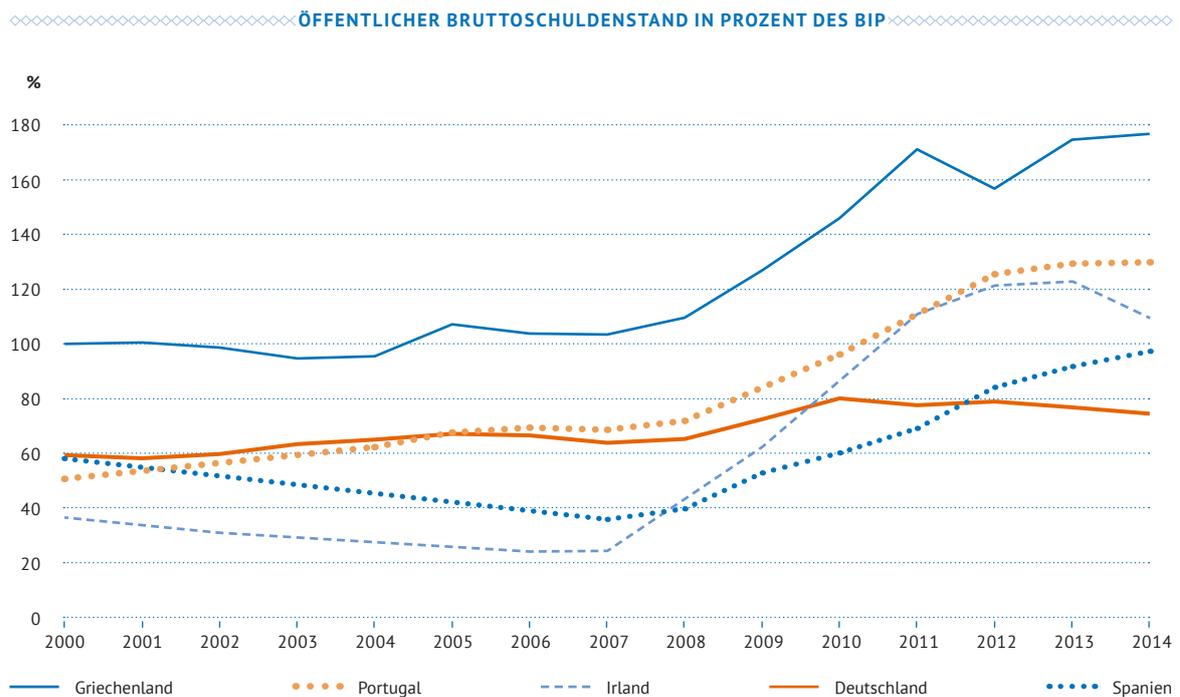
1 »Keynesianische ÖkonomInnen kritisieren die  
 . soeben dargelegte »angebotsorientierte« Deutung  
 . der Krise. Sie argumentieren insbesondere, dass  
 . die Exportdefizite der heutigen Krisenländer  
 5 nicht zuletzt die Kehrseite der schwachen Binnen-  
 . nachfrage und übermäßiger Abhängigkeit von  
 . Nettoexporten einer Reihe von Ländern im »Zen-  
 . trum« der Eurozone gewesen sind. Es ist eindeutig,  
 . dass den Exportüberschüssen einer Gruppe von  
 10 Ländern (darunter Deutschland, Österreich, die  
 . Niederlande und andere) Exportdefizite in an-  
 . deren Ländern (darunter Griechenland, Spanien,  
 . Portugal, aber auch Frankreich und Italien) gegen-  
 . überstehen müssen. Der keynesianischen Analyse  
 15 zufolge haben sowohl die Stagnation der Reallöh-  
 . ne sowie der mittleren Einkommen als auch die  
 . restriktive Fiskalpolitik vor allem in Deutschland,  
 . bei Weitem Europas größte Wirtschaft, zu den  
 . Handelsungleichgewichten innerhalb der Euro-  
 20 zone beigetragen. Die Gründe hierfür sind gemäß  
 . dieser Kriseninterpretation, dass Lohndeflation,  
 . Deregulierung des Arbeitsmarkts und Kürzungen  
 . in Deutschlands Sozialversicherungssystemen die  
 . Konsumnachfrage geschwächt haben, während  
 25 die Regierung gleichzeitig eine prozyklische und  
 . kontraktive Fiskalpolitik in den ersten Jahren nach  
 . Einführung des Euros umgesetzt hat. Da Nach-  
 . frage und Inflation in Deutschland in den Jahren  
 . nach Einführung des Euros so niedrig waren,  
 30 musste die Europäische Zentralbank die Zinsen  
 . über einen langen Zeitraum niedrig halten, um  
 . die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Deutsch-  
 . land und anderen Ländern im »Zentrum« zu un-  
 . terstützen. Dies hat das exzessive Wachstum der  
 35 privaten Verschuldung insbesondere in den Län-  
 . dern der Peripherie mit befördert.  
 . [...] Ein entscheidender Beitrag zur Lösung  
 . der Krise muss nach dieser Sichtweise daher von  
 . den Überschussländern kommen, die ihre öffent-  
 40 lichen Investitionen erhöhen und die Lohnzu-  
 . rückhaltung aufgeben sollten. Austerität wird als  
 . unpassende Antwort auf die Krise erachtet, weil  
 . sie die Rezession verschlimmert und die Stabili-  
 . sierung der Verschuldung aufgrund von sinken-  
 45 den Einkommen und sinkender Steuereinnahmen  
 . erschwert. Stattdessen werden antizyklische Fis-  
 . kalpolitik und expansive Geldpolitik befürwortet,  
 . um die ökonomische Situation des Euroraums zu  
 . stabilisieren. Eine vertiefte wirtschaftliche Koope-  
 50 ration der Euroländer wird gefordert. Idealerweise  
 . sollte es eine Wirtschaftsregierung für die Wäh-  
 . rungsunion und eine gemeinschaftliche Verant-  
 . wortung für Staatsschulden geben – Maßnahmen,  
 . die den vermehrten Einsatz von diskretionärer  
 55 Fiskalpolitik anstelle eines ausschließlich regelba-  
 . sierten Ansatzes ermöglichen sollten. Zumindest  
 . sollten die fiskalischen Konsolidierungsmaßnah-  
 . men und Lohnkürzungen in den Krisenländern  
 . begrenzt und durch höhere Staatsausgaben und  
 60 Lohnerhöhungen in den Überschussländern er-  
 . gänzt werden.« ■ Quelle: Philipp Kortendiek/Till van Treeck (2015):  
 . *Die Eurokrise unterrichten*, S. 7f.

**M3** Das Schuldenstand ausgewählter Eurostaaten 2014



Quelle: Eurostat-Datenbank

**M4** Entwicklung der Staatsschulden in Europa (von 2000 bis 2014)



Quelle: Eurostat-Datenbank

**M5 Die »marxistische Krisenerzählung«: Die Spielregeln, nicht die Spieler. Die Finanzkrise nach Karl Marx**

1 Profitmaximierung und Konkurrenz werden immer  
wieder Krisen wie die gegenwärtige hervorbringen. Eine  
Verstaatlichung tauscht lediglich die Akteure aus, ohne die  
Struktur anzutasten.

5 »Nicht nur Politiker, auch Ökonomen haben ihre  
Not mit der Finanzkrise. Die an Universitäten  
und in Beratergremien vorherrschende neoklas-  
sische Wirtschaftstheorie kennt in ihren Markt-  
modellen überhaupt keine Krisen. Wenn es doch  
zu »Störungen« komme, dann nur durch Eingriffe  
von außerhalb des Marktes. Daher haben die Neo-  
klassiker jahrein, jahraus den angeblich so effizi-  
enten Markt angepriesen, der, wenn man ihn nur  
15 ließe, alle unsere Probleme lösen würde – von der  
Arbeitslosigkeit bis zu den Kosten von Altersrente  
und Gesundheit.

Inzwischen sind die Auftritte der radikalen  
Marktverfechter nur noch peinlich. [...] Keynesi-  
aner haben es etwas besser. Sie hatten schon immer  
auf die Grenzen des Marktes hingewiesen und be-  
tont, dass auch Lohnsenkungen nicht automatisch  
zu Vollbeschäftigung führten. Kapitalismus würde  
immer wieder Arbeitslosigkeit hervorbringen, da  
25 die Investitionen in der Regel nicht ausreichen,  
um alle Arbeitskräfte zu beschäftigen. Mit einem  
unerschütterlichen Vertrauen in die Möglichkei-  
ten staatlichen Handelns forderten sie, dass der  
Staat mit Investitionsanreizen und Konjunktur-  
programmen Krisen entgegenwirken solle.

Wer die Wirtschaftskrisen nicht ignorierte oder  
auf prinzipiell kontrollierbare Störungen reduzier-  
te, war Karl Marx. Dass er jetzt wieder öffentliche  
Aufmerksamkeit erfährt, überrascht nicht. Zwar  
35 ist sein »Kapital« schon mehr als 140 Jahre alt, doch  
analysierte Marx nicht bloß den englischen Kapi-  
talismus seiner Zeit. Dieser, so betonte er, diene  
ihm nur als »Illustration« der »theoretischen Ent-  
wicklung«. Was er darstellen wolle, sei nicht eine  
40 bestimmte Entwicklungsphase des Kapitalismus,  
sondern dessen grundlegende Strukturen und  
Mechanismen.

[...] Kapital ist [...] nicht einfach eine Wert-  
summe, sondern Wert, der sich verwertet, Mehr-  
wert hervorbringt – durch die Ausbeutung  
menschlicher Arbeitskraft. Diese Verwertung  
kennt keine innere Grenze, sie ist maßlos. Der  
Druck der Konkurrenz zwingt den einzelnen Ka-  
pitalisten diese Maßlosigkeit auf, ob sie individuell  
50 besonders gierig sind oder nicht, spielt dabei keine  
große Rolle.

Die unmittelbaren Produzenten, die Arbei-  
ter und Arbeiterinnen, sind in dieser auf immer  
mehr Verwertung ausgerichteten Produktion ein  
55 Kostenfaktor, den es zu reduzieren gilt, während

gleichzeitig die Produktivität dieses Faktors immer  
weiter gesteigert werden soll. Diese Konstellation  
hat nicht nur äußerst zerstörerische Konsequenzen  
für die Arbeitskraft (wie auch für die Natur), sie  
60 bildet auch eine wesentliche Ursache der Krisen-  
haftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise.

Der permanenten Steigerung der Produktivität,  
die meist eine Produktionsausweitung erfordert,  
steht eine Tendenz zur Beschränkung der Kon-  
summöglichkeiten gegenüber, da aus Kosten-  
65 gründen Lohnhöhe und Beschäftigtenzahl gering  
bleiben sollen. Es ist, als ob man beim Autofahren  
Gaspedal und Bremspedal stets gleichzeitig betä-  
tigt, was auf Dauer nicht gut gehen kann. Nicht  
äußere Störungen, sondern das Ziel kapitalisti-  
70 scher Produktion, die beständige Steigerung der  
Kapitalverwertung, liegt der krisenhaften Ent-  
wicklung des Kapitalismus zugrunde.

[...] Unzureichend sind auch die momentan  
75 gängigen Krisenerklärungen, dass es sich bei den  
Finanzmärkten um Einrichtungen handle, die  
der kapitalistischen Produktion zwar äußerlich  
sein, die aber durch zu viel Spekulation und zu  
große Risikobereitschaft der Banken und Fonds  
erheblichen Schaden anrichten könnten. Derlei  
80 Erklärungen hält Marx entgegen, dass eine entfal-  
tete kapitalistische Produktion ohne entwickeltes  
Kreditsystem gar nicht möglich sei. [...] Eine ent-  
faltete kapitalistische Ökonomie ist nur bei sich  
ausdehnenden Kreditbeziehungen möglich. Ein  
85 entwickeltes Kreditsystem funktioniert aber nur,  
wenn der Kredit selbst, das heißt die verbrieften  
Schulden, zur handelbaren Ware werden, wenn es  
Finanzmärkte gibt.

[...] Zu kurz gegriffen ist auch die Forderung  
90 nach einer Verstaatlichung des Bankensektors.  
[...] Nicht die jeweiligen Spieler (ob öffentlich  
oder privat) sind das Problem, sondern die Spiel-  
regeln. Soll versucht werden, über ein verstaatlich-  
tes Bankensystem die kapitalistische Produktion  
95 in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche zu lenken  
oder sie wenigstens weniger krisenhaft zu machen,  
dann muss auch in den kapitalistischen Charakter  
dieser Produktion eingegriffen werden. [...] Im  
Unterschied zu manchen Marxisten hatte Marx  
100 kein naives Vertrauen in Verstaatlichungen. Um  
die Spielregeln zu ändern, müsste die Produktion  
nämlich nicht nur gesellschaftlicher Kontrolle un-  
terworfen werden (was etwas anderes ist als staat-  
liche Kontrolle), vor allem müssten die Ziele und  
105 Mittel der Produktion neu bestimmt werden. So-  
lange jedoch Profitmaximierung und Konkurrenz  
vorherrschen, werden wir immer wieder Krisen  
wie die gegenwärtige erleben.« ■ Quelle: Michael Heinrich, die

tageszeitung vom 14.01.2009